



April 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Zunehmende Gewalt gegen People on the Move (PoM) in Libyen und Tunesien sowie die sich verbessernde Wetterlage im Mittelmeerraum haben dazu geführt, dass sich im vergangenen Monat eine hohe Zahl an Menschen auf die Überfahrt nach Italien begeben hat. So erreichten beispielsweise am ersten Aprilwochenende [1400 Personen](#) Italien über die zentrale Mittelmeerroute.

Im April 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 6.330 Menschen Italien auf dem Seeweg. Der Großteil der Menschen auf der Flucht (5.485 Personen bzw. 86,7%) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. Die ionische Route spielte im April eine untergeordnete Rolle, [borderline-europe](#) ist lediglich die Ankunft eines einzigen Schiffes auf dieser Route bekannt. An Bord befanden sich 25 Menschen, die von Libyen aus Roccella Ionica in Kalabrien erreichten.

Insgesamt kann [borderline-europe](#) für ca. 74,2% der Ankünfte nachweisen, dass die Boote in Libyen abgelegt haben, der Prozentsatz liegt aber mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Der Anteil der Abfahrten aus Tunesien liegt in diesem Monat bei 3,7% und ist damit im Vergleich zum [Vormonat](#) (4%) leicht gesunken. Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen rund 46% der Angekommenen, wobei in vier Fällen erste Unterstützung durch NGO-Schiffe erfolgte. 19% der Rettungen wurden durch NGO-Schiffe ausgeführt, wobei 1.206 Personen aus Seenot gerettet wurden. Laut den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im April an 21 Rettungen beteiligt. 540 Geflüchtete (8,53%) erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. In einigen Fällen wurden sie nach Erreichen der Territorialgewässer durch Frontex oder die italienische Küstenwache in den sicheren Hafen gezogen. Bei 7,9% der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im April 6.328 Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat ähnliche Ankunftsahlen belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen der vom Innenministerium herausgegebenen Zahlen gibt.

Dass eine Kooperation zwischen der zivilen Rettungsflotte und staatlichen Institutionen durchaus möglich ist, bewies im April eine gemeinsame [Rettung](#) von ca. 50 Menschen in Seenot, an der Frontex, das Schiff "Safira" der NGO Mediterranea Saving Humans und die italienische Küstenwache beteiligt waren. Nachdem die Eagle 1, ein Aufklärungsflugzeug von Frontex, das im Meer treibende Fiberglasboot gemeldet hatte, machte sich die Safira schnellstmöglich auf den Weg zum Rettungsort, wo sie gleichzeitig mit einem Schiff der italienischen Küstenwache eintraf, welches die Personen letztendlich an Bord nahm. Die Crew der Safira unterstützte die Rettungsoperation bis zum Schluss. [Borderline-europe](#) begrüßt diese Form der Zusammenarbeit ausdrücklich und unterstreicht, dass sie der Normalzustand sein sollte.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 631 Interceptions auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanischen Küste zurückgedrängt oder -gezogen wurden. 602 Menschen wurden nach Libyen und 29 nach Tunesien zurückgeschleppt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte.

TOTE & VERMISSTE

Die Anzahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer steigt mit jedem Monat, der vergeht. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren im April 71 Personen ihr Leben auf der Flucht, 120 Menschen gelten allein in diesem Monat noch als vermisst. Das Schicksal von weiteren insgesamt 303 Personen ist ungewiss. Auch hier dürfte die Dunkelziffer deutlich höher liegen.

Das individuelle Schicksal von [Hardi Karokh](#) aus Kurdistan unterstreicht die brutale Realität, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt. Das Schiff, mit dem Hardi im April vergangenen Jahres versuchte, Europa zu erreichen, sank nahe der italienischen Küste. Von den 73 Personen an Bord überlebten nur zehn, Hardi war nicht unter ihnen. Sein Vater, Karokh Ismail, konnte erst ein Jahr später, im April dieses Jahres, und nach der Durchführung eines DNA-Tests das Grab seines Sohnes in Italien finden. Nun versucht er, die Überführung der sterblichen Überreste seines Sohnes zu organisieren. Italien musste er bereits zuvor wieder verlassen - sein Visum war abgelaufen.

Am 18. April jährte sich eines der [schwersten Schiffsunglücke](#) auf dem Mittelmeer in der jüngeren Geschichte zum zehnten Mal. Ein Schiff mit mehr als 1.000 Personen an Bord kenterte vor der Küste Libyens. Das Ziel war die italienische Insel Lampedusa. Lediglich 28 von ihnen konnten durch ein portugiesisches Handelsschiff gerettet werden, die italienische staatliche Seenotrettungsmission Mare Nostrum war wenige Monate zuvor durch die Operation Triton unter der Führung von Frontex ersetzt worden. Diese hatte explizit das Ziel, die europäischen Außengrenzen zu sichern, die Rettung von Menschenleben stand nicht im Vordergrund. Eine lesenswerte Einordnung des Ereignisses, der politischen Folgen und Widerstand hat das Team des CivilMRCC in der neuesten Ausgabe der ECHOES [veröffentlicht](#) (Englisch).

Das Sterben auf dem Mittelmeer behandelt auch die neueste Publikation von [borderline-europe](#), "[Streiflicht Italien: Verlorene Leben, unerzählte Geschichten](#)".

WEGE NACH EUROPA

Räumung von Flüchtlingslagern in Tunesien

Anfang April haben tunesische Behörden zahlreiche selbstorganisierte Lager in der Region Sfax [geräumt](#): Polizist*innen zerstörten die aus Planen erbauten Hütten und verbrannten Lebensmittel als auch persönliche Gegenstände. Kleine, notdürftig errichtete Krankenstationen wurden ebenfalls dem Erdboden gleichgemacht. Nun stehen die betroffenen Migrant*innen vor dem Nichts. Bereits 2023 hatte sich die Situation für die aus Subsahara-Afrika stammenden Menschen massiv [verschlechtert](#). Nachdem der tunesische Präsident Kais Saied Migration als „Verschwörung fremder Mächte“ bezeichnet hatte, mussten die zuvor als Tagelöhner*innen beschäftigten Geflüchteten vor der gegen sie ausbrechenden Gewalt in die Olivenhaine flüchten. Zudem fängt die tunesische Nationalgarde seit dem Migrationsabkommen mit der EU im August 2024 fast alle Boote mit Migrant*innen ab. Viele werden nach der Rückkehr in die Wüsten von Libyen und Algerien verschleppt. Vor den Räumungen lebten ca. 20.000 Menschen in den notdürftig nördlich von Sfax errichteten Lagern, in denen zuletzt durchschnittlich fünf Personen pro Monat an den schlechten Lebensbedingungen – insbesondere fehlender medizinischer Versorgung – starben.

Während laut Angabe des Sprechers der tunesischen Nationalgarde Houssé Eddine Jebabli einige der Geflüchteten nun in Krankenhäuser gebracht oder vom ‚Roten Halbmond‘ und der ‚Internationalen Organisation für Migration‘ (IOM) zeitweise [untergebracht wurden](#), ist die Mehrheit der von den Räumungen Betroffenen komplett mittellos in Kleingruppen unterwegs. Zudem [berichtet](#) ein senegalesischer Geflüchteter von Bussen, mit denen seine Freund*innen in die Wüstengebiete an der algerischen und der libyschen Grenze gebracht und dort ausgesetzt wurden. Nach Angaben von Jebabli werde an der Rückkehr der Migrant*innen in ihre Herkunftsländer gearbeitet, wozu einige auch „freiwillig“ bereit wären. Am 8. April [versammelte sich](#) eine Gruppe Geflüchteter vor dem Sitz der IOM in Tunis, um die Beschleunigung der Rückkehrverfahren zu fordern und somit dem Elend in Tunesien entkommen zu können.

Libysche „Sicherheitsbehörde“ setzt humanitäre Hilfe aus

Wie die [Agenzia Nova](#) berichtete, kündigte die libysche ‚Behörde für innere Sicherheit‘ (ISA) am 2. April die Suspendierung von zehn zivilgesellschaftlichen Organisationen an: Betroffen sind u.a. der UNHCR, Terre des Hommes Italia, Ärzte ohne Grenze als auch der dänische sowie der norwegische Flüchtlingsrat. Bei der ISA [handelt](#) es sich um eine Koalition bewaffneter Gruppen, die im Osten Libyens aktiv ist, und welcher Amnesty International verschiedene Menschenrechtsverletzungen zur Last legt. Die „Sicherheitsbehörde“ begründet die Aussetzung der Tätigkeitserlaubnisse mit der „Förderung von Werten“, die angeblich der libyschen Identität widersprechen würden – wie Christentum, Atheismus oder Homosexualität – als auch Geldwäsche und der „Beihilfe zum demografischen Wandel“: Den betroffenen NGOs unterstellt die ISA, dass sie unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe das Ziel verfolgen würden „irreguläre Migrant*innen“ auf libyschem Territorium anzusiedeln.

Laut Fulvio Vassallo Paleologo, Migrationsexperte und Jurist, könnte das gegen die NGOs verhängte Arbeitsverbot auf eine allmähliche Wiedervereinigung der „Sicherheitsdienste“ in Libyen hindeuten – Teil dieses Prozesses sei zudem die Verschlechterung der Lebensbedingungen von subsaharischen Migrant*innen in Libyen, die ohnehin ständigen Angriffen ausgesetzt sind.

ZIVILER WIDERSTAND

Im April 2025 wurden 19% aller Rettungen von NGOs durchgeführt. Die "civil fleet", die zivile Seenotrettung, konnte zusammen 1211 Menschen retten. Bei der Rettung von 271 (Korrektur gegenüber früherer Version) Personen wirkten NGO-Schiffe mit, bevor die Personen durch staatliche Behörden oder Frontex an Land gebracht wurden. Es gab diesen Monat sechs Mehrfachrettungen, darunter die Dreifachrettung der *Life Support*.

Diese Rettungsmission verdeutlichte einmal mehr die Herausforderungen, mit denen zivile Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer konfrontiert sind. Innerhalb weniger Stunden rettete das Schiff der NGO *Emergency* am 5. April in drei aufeinanderfolgenden Einsätzen [215 Menschen](#) aus Seenot in der libyschen SAR-Zone. Alarm Phone hatte die erste Rettung gemeldet: ein sinkendes Schlauchboot mit 93 Personen, von denen nun mehrere als vermisst gelten. Kurz darauf wurden 78 weitere Menschen von einem überfüllten Boot aufgenommen, gefolgt von 44 Personen aus einem dritten Einsatz. Unter den Geretteten befanden sich zahlreiche Minderjährige, 83 reisten unbegleitet, sowie mehrere Frauen, darunter Schwangere.

Trotz der akuten Notlage und der medizinischen Versorgung an Bord wies das italienische Innenministerium der *Life Support* nicht den nächstgelegenen Hafen zu, sondern den Hafen von Ancona, rund 1.200 Kilometer entfernt von der Rettungszone. [Erst auf ausdrückliche Anfrage der Crew](#) durfte das Schiff 44 besonders schutzbedürftige Personen vorzeitig im nahegelegenen Siracusa an Land bringen. Auch der Hafen von Neapel, wo die verbleibenden 171 Überlebenden am 8. April schließlich von Bord gehen durften, wurde nur nach erneuter Rücksprache mit den Behörden genehmigt.

Nur wenige Tage später, am 17. April, rettete die *Life Support* erneut [82 Menschen](#) aus einem überfüllten Schlauchboot vor der libyschen Küste. Auch hier befanden sich viele Kinder und Jugendliche unter den Geretteten. Diesmal wies das italienische Innenministerium den noch weiter entfernten Hafen von Ravenna zu, den das Schiff nach fünf Tagen zusätzlicher Fahrt am 22. April erreichte. Die NGO kritisierte diese Entscheidung scharf, da der Umweg nicht nur die Leiden der ohnehin geschwächten Menschen an Bord verlängerte, sondern auch den nächsten Rettungseinsatz erheblich verzögerte.

Laut *Emergency* entspricht diese Praxis dem Muster der aktuellen staatlichen Strategie: Häufig erhalten NGO-Schiffe Häfen im Norden Italiens zugewiesen, ein Vorgehen, das nicht nur die humanitäre Hilfe verzögert, sondern auch die Einsatzfähigkeit der Schiffe einschränkt. Seit 2022 mussten zivile Rettungsschiffe dadurch [275.000 zusätzliche Kilometer](#) zurücklegen. Die Präsidentin von SOS MEDITERRANEE stellte dazu [klar](#): „Ein entfernter Hafen ist ein verweigerter Rettungseinsatz.“

Frontex muss sich erstmals inhaltlich vor EU-Gericht zu Pushback-Vorwürfen äußern

Im Verfahren *F.M. gegen Frontex* hat das Gericht der Europäischen Union eine [bedeutende Entscheidung](#) getroffen: Es hat beschlossen, über die von Frontex erhobene Unzulässigkeitseinrede erst gemeinsam mit der inhaltlichen Prüfung des Falls zu entscheiden. Das bedeutet, dass Frontex zum ersten Mal in einem solchen Verfahren verpflichtet ist, sich inhaltlich zu verteidigen und auf die detaillierten und belegten Vorwürfe zu reagieren. Die Klage wurde von den NGOs Refugees in Libya und Front-Lex im Namen von FM, einem 29-jährigen sudanesischen Asylsuchenden, eingereicht. FM ist in Libyen gestrandet, ohne Zugang zu einem Asylverfahren oder Schutz vor den dort dokumentierten Verbrechen gegen Migrant*innen. Die Klage richtet sich gegen die systematische Zusammenarbeit von Frontex mit der libyschen Küstenwache, insbesondere durch das Weiterleiten von Informationen über Flüchtlingsboote, was zur völkerrechtswidrigen Rückführung („Pushback“) in libysche Lager führt. Konkret wirft die Klage Frontex ein rechtswidriges Unterlassen gemäß [Artikel 46\(4\) der Frontex-Verordnung](#) vor, nämlich die unterlassene Beendigung der Informationsweitergabe an libysche Akteure über die Position von Booten in Seenot.

Bisher wurden ähnliche Klagen gegen Frontex meist wegen angeblicher Unzulässigkeit abgewiesen, ohne dass es zu einer inhaltlichen Prüfung kam. Diesmal jedoch hat das Gericht entschieden, den Fall in der Sache zu prüfen, ein Novum mit möglicherweise weitreichender Bedeutung. Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit an den EU-Außengrenzen, effektiven Rechtsschutzes für Betroffene und gegen die bislang bestehende Straflosigkeit von Frontex.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de